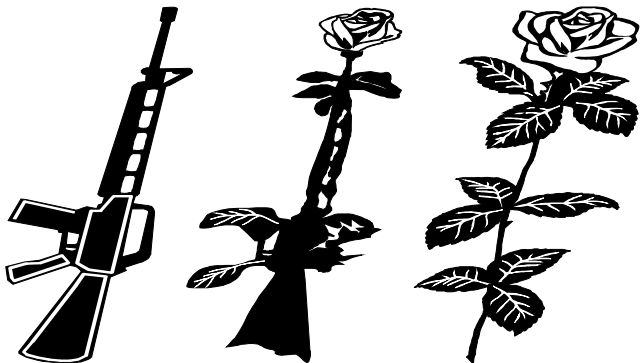


Siglinde Neher

Wie Militär zur Gewalt gegen Frauen beiträgt



BoA - Kampagne zur Abschaffung der Bundeswehr

Deutsche Friedensgesellschaft -

Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen

Herausgeberin:

**Deutsche Friedensgesellschaft -
Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen**

Siglinde Neher

Flensburg, April 1996 2. Auflage

ISBN-Nr.: 3-922319-22-

Spendenkonto: 35555-209

Postgiroamt Hamburg, BLZ 200 100 20

Wie trägt Militär zur Gewalt gegen Frauen bei?

In der patriarchalen Gesellschaft werden Jungen oft dazu erzogen in leidvollen, traurigen und schmerzlichen Situationen ihre Gefühle zu unterdrücken. Gefühlsäußerungen werden als schwächliches und eines Jungen unwürdigen Verhaltens abgewertet. Für dieses Verhalten wird der Begriff „mädchenhaft“ verwendet. Damit wird auch das weibliche Geschlecht abgewertet. „Ein Indianer kennt keinen Schmerz“, ein allseits beliebter Trost für kleine Jungen! Auf diese Weise wird Gefühlskälte bei Männern gesellschaftlich gefördert und Verhaltensweisen, die das weibliche Geschlecht abwerten, unterstützt. Sie lernen damit auch, daß alles, was sie nicht unter ihrer Kontrolle

haben, furchteinflößend, chaotisch und latent gefährlich ist. „Alles muß seine Ordnung haben“, ist ein Grundsatz, der bedeutet, alles muß geregelt, planbar und kontrollierbar sein.

Patriarchat braucht Militär

Die Einberufung zur Bundeswehr erfolgt in der Regel dann, wenn bei den jungen Wehrpflichtigen ihre gesamte Persönlichkeit einschließlich ihrer Geschlechtsidentität noch nicht sehr stabil ist. Sie gehen erste festere Bindungen ein und lernen dabei, daß Frauen anders denken und fühlen als sie selber. Diese neuen Erfahrungen können sie dann aber nicht entfalten, da sie oft weit von ihrer Freundin und ihrem Heimatort entfernt und zwangsweise in die „Männerwelt“ Kaserne rekrutiert werden.

Die Trennung der Soldaten von ihren Familien und ihrem sozialen Umfeld ist von der Militärführung gewünscht und gefordert. Dadurch werden Soldaten der gesellschaftlichen Kontrolle durch Freunde und Familie entzogen. Besonders betroffen sind die Marinesoldaten und Soldaten, die als Krisenreaktionskräfte weltweit eingesetzt werden. Viele junge Männer kommen erstmals in der Kaserne intensiv mit pornographischen Schriften und Videos in Berührung. Die sexistische Beeinflussung in der Kaserne würde nicht so gut funktionieren, wenn der Soldat abends mit seiner Frau oder Freundin darüber sprechen und sein Frauenbild wieder korrigieren könnte.

Die Kasernierung und die damit verbundene Entfremdung der Soldaten von ihrer bisherigen sozialen Umgebung ist eine Bedingung, um Tötungs- und Gewalt hemmschwellen herabzusetzen.

Dies sind die Voraussetzungen, die für den „Arbeitsplatz“ Kaserne günstig sind. Natürlich ist kein junger Mann aufgrund dieser gesellschaftlichen Voraussetzungen bereit, so ohne weiteres irgend jemanden umzubringen oder zu foltern. Deshalb ist auch die militärische Ausbildung nicht vergleichbar mit einer anderen Berufsausbildung. Das Militär kann auf die anerzogenen männlichen Verhaltensweisen zurückgreifen und sie weiter verfestigen, da ja Einfühlungsvermögen, Sensibilität und sanfte Umgangsformen beim Militär eher unerwünschte Eigenschaften sind. „Dieser Job erfordert den ganzen Mann“ ist ein oft verwendeter Werbeslogan der Bundeswehr. Die militärische Ausbildung schränkt die persönliche Freiheit drastisch ein. Auch die Gefühle werden uniformiert und damit entmenschlicht.

Sexualität als Gewaltinstrument

Ein Ausbilder in der Bundeswehr, der seine Untergebenen schikaniert, ist im Kasernenjargon ein „Ficker“. Sexualität wird an Dominanz, Aggression und Gewalt geknüpft. Das wird dadurch begünstigt, daß im Kasernenalltag Männer unter sich sind und Frauen sich nicht wehren werden, wenn durch frauenfeindliche Witze, diskriminierende Äußerungen und Pornofilme Frauen zu reinen Lustobjekten und Menschen zweiter

Klasse entwürdigt werden. Im Kasernenjargon ist die Freundin des Soldaten seine Matratze. Der Begriff macht deutlich, daß die Frau nicht als Mensch, sondern als Gebrauchsgegenstand gesehen wird.

Eine Frauengruppe in Holland, die den Zusammenhang von Sexismus und Militarismus anhand von konkreten Beispielen aufzeigen wollte, gab Anzeigen in verschiedenen Zeitungen auf und bat um Material oder Hinweise auf Erfahrungen. Auf die Anzeigen reagierten vor allem Männer, die in der Armee gedient hatten. So wurde dokumentiert, daß Sexismus, vor allem in Form von Pornographie, zum Alltagsleben der Soldaten gehört und daß Pornofilme mit sadistischen Inhalten bewußt und mit Billigung der militärischen Vorgesetzten vor militärischen Übungen eingesetzt wurden, um die Soldaten zu mehr Aggressionen zu stimulieren. Auf diese Weise wird der Zusammenhang von sexueller Gewalt und Männlichkeit hergestellt und verherrlicht.

Diese „Männeridentität“ wird so zur Voraussetzung für jegliche Kriegsbereitschaft. Der Mann wird desensibilisiert hinsichtlich der Konsequenzen des eigenen Handelns und das der anderen. Es gibt keine patriarchalische Institution, die so ausschließlich und so einzig für die männliche Identität zuständig ist und so viele Männer erfaßt, wie das Militär! Gewaltverbrechen werden in unserer Gesellschaft hauptsächlich von Männern begangen. Es wäre interessant, zu untersuchen, ob bei mittlerweile 28 % Kriegsdienstverweigerern deren Anteil unter den Gewaltverbrechern

eher auf dem vergleichsweise geringeren Niveau der Frauen liegt oder sogar noch niedriger. Sollte sich diese Hypothese bewahrheiten, daß Gewaltverbrechen etwas mit der militärischen Sozialisation von Männern zu tun haben und nicht etwa nur mit dem männlichen Geschlecht an sich, hätten wir hier ein weiteres gewichtiges Argument für die Abschaffung der Bundeswehr aus Sicht der Kriminalprävention.

Gewalt im Geschlechterverhältnis gibt es auch außerhalb der Kasernen im zivilen Leben. Der qualitative Unterschied zur militärischen Zurichtung des Mannes ist jedoch, daß die Annahme frauenmißachtender Verhaltensweisen und Einstellungen existentiell für sein Überleben werden. Ein junger Mann, der sich der frauenverachtenden Mehrheit in der Kaserne widersetzt und versucht, Menschenwürde zu bewahren, wird seinerseits Opfer sexistischer Gewalt seiner Kameraden: homosexuelle Vergewaltigungen sind in der Kaserne nicht selten.

Bei der Analyse von militärverherrlichenden Schriften fällt auf, wie in den Augen der Soldaten bereits der Feind als „Hure“ bezeichnet wird und alle Feindfrauen „Huren“ sind. Ebenso ist dokumentiert, wie die Vietkong-Kämpferinnen von den GIs nicht als feindliche Soldatinnen, sondern als „Huren“ wahrgenommen wurden. Ihr Widerstand war ein Angriff auf die Männlichkeit der GIs. Die Frauen wurden nicht einfach getötet, sondern vorher und nachher vergewaltigt. Nicht nur Soldatinnen, viele Frauen werden in Kriegen von den Soldaten aller Armeen vergewaltigt. Oft sogar von

ihren eigenen Ehemännern, die an tägliche Gewalttaten im Krieg gewöhnt wurden, Im Krieg der Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawien waren Massenvergewaltigungen oft Teil der Kriegsstrategie, weil damit „ethnische Säuberungen“ erfolgreich durchgeführt werden konnten. Auch der erste Oberbefehlshaber der UNO-Truppen in Bosnien-Herzegowina war häufiger Gast in dem berüchtigten Vergewaltigungslager „Sonja“ in einem Vorort von Sarajewo. Inzwischen liegen Beweise seiner Greueltat gegen Frauen vor, die ausreichen, diesen General vor das Kriegsverbrechertribunal in Den Haag zu bringen. Die Ursache für Vergewaltigungen von Frauen im Krieg liegt nicht in der „männlichen Natur“, . Vergewaltigung hat auch nichts mit Sexualität zu tun, sie ist ein extremer Gewaltakt, der sich sexueller Mittel bedient. Die psychischen Voraussetzungen dafür erwerben Soldaten durch die militärische Ausbildung, im Grundwehrdienst schon vor dem Krieg.

In allen Kriegen sind Frauen (mit ihren Kindern) als Zivilistinnen die ersten und meisten Opfer.

Beim Militär ist niemand für das, was er tut, verantwortlich!

Das System würde zusammenbrechen, wenn die Soldaten ihre individuellen Bedürfnisse und menschlichen Freiheiten wahrnehmen würden. So ist das Prinzip jeder Armee ein streng hierarchisches Ordnungssystem, indem jedes Detail geregelt ist und so die persönliche Entscheidung aber auch die persönli-

che Verantwortung entzogen wird. Es gibt die „Oberen“, die Befehle erteilen und die „Unteren“, die sie ohne zu hinterfragen ausführen, alle durch Dienstgrade und Abzeichen leicht erkennbar. Normgerechte Verhaltensweisen führen zu sichtbar mehr Macht und Privilegien. Jede Teilnahme an einem Krieg hinterläßt selbst beim hierarchisch untersten Soldaten das Gefühl, einen wichtigen Beitrag zur Geschichte geleistet zu haben, während er doch tatsächlich nur „Kanonenfutter“ war. Diese Wichtigkeit und Verbundenheit mit den anderen Soldaten muß in den Kriegskameradschaftverbänden immer wieder neu bestätigt werden. In diesen Gemeinschaften wird das Gewissen des Kriegsteilnehmers in der Weise entlastet, daß ja alle mitgemacht haben, Menschen zu ermorden und zu vergewaltigen. Realistische Aufarbeitung der Kriegserlebnisse wird verhindert. Die öffentlichen Würdigungen mit besonderer Betonung der soldatischen Kameradschaft, sind auch ein erfolgreiches Mittel der Armee, die Frage nach dem Sinn von Militär erst gar nicht aufkommen zu lassen.

Starke Männer und willige Frauen braucht das Vaterland

Natürlich wirkt sich die Militarisierung und Ausrichtung zum „männlichen“ gewalttätigen Mann unmittelbar auf die Frau aus. Besonders Frauen und Kinder von Soldaten haben unter Gewalttaten wesentlich öfter zu leiden als die Angehörigen anderer Berufsgruppen. Der Sprecher des Berichtes der US-Regierung von

1977 über „Häusliche Gewalt“ stellte den Zusammenhang zwischen häuslicher Gewalt und der früheren oder gegenwärtigen Beschäftigung in der US-Armee fest. Es ist unwahrscheinlich, daß die Ehefrauen und Kinder durch ihr Verhalten diese Gewalttaten auslösen, einleuchtender ist, daß diese Männer im Konfliktfall als normale Reaktion erlernt haben, Gewalt anzuwenden. Die Fälle, in denen ehemalige Soldaten ein Blutbad anrichteten, sind nachvollziehbar und diese Handlungsweise ist in ihrem System logisch. Schließlich sind sie im Rahmen ihrer Ausbildung darauf gedrillt worden und ihre männliche Identität ist direkt von Gewalt abhängig.

Frauen sind nicht bloß wehrlose Opfer des Militarismus. Vielmehr geht es auch darum, die Mittäterin zu erkennen. Immer waren und sind Frauen an Kriegsvorbereitungen und Kriegen aktiv beteiligt. Im Zweiten Weltkrieg gab es ein Wehrmachtshelferinnenkorps und eine SS-Helferinnenschaft. Junge Frauen dienten freiwillig als „SS-Nachrichtenmaid“, als „Luftmeldehelferin“, als „Stabshelferin“ und als Flakwaffenhelferin“. Dadurch waren sie aktiv am Kriegsgeschehen und an den Verbrechen der deutschen Wehrmacht beteiligt. Sie tippten als Sekretärinnen Exekutionsbefehle und Einsatzbefehle, die zum Massaker an Zivilpersonen führten. Aber auch heute unterstützen Frauen als Zivilbeschäftigte und Soldatinnen beim Arbeitgeber Bundeswehr militärische Gewaltstrukturen. Sie helfen mit, den nächsten Kriegseinsatz vorzubereiten. Kriege sind keine Naturkatastrophen. Sie werden von Männern und Frauen geplant, angeordnet durchge-

führt und unterstützt. Frauen stellen ihre Söhne immer noch bereitwillig den Armeen zur Verfügung, damit sie dort die letzte männliche Zurichtung erfahren. Sicher werden immer weniger junge Männer bereit sein, Kriegsdienst zu leisten, wenn Mütter und Freundinnen dieses mißbilligen würden. Solange jedoch „starke Helden“ und männliche Beschützer, die das Militär schaffen soll, von Frauen akzeptiert werden, ist der Mann weniger motiviert, sich von Kasernen fernzuhalten. Solange Frauen sich für gewaltverherrlichende Filme wie zum Beispiel „Rambo“ begeistern können, werden Männer motiviert, dieses Männlichkeitsbild sich zum Vorbild zu nehmen und zur Bundeswehr zu gehen. Wenn Frauen Männer annehmen können, die ihre Geschlechtsidentität auch durch die Fähigkeit zu Mitleid, Sensibilität und Einfühlungsvermögen erreichen, sind solche Männer wohl kaum zu Mord und Vergewaltigung mißbrauchbar.

Zur Einplanung von Frauen im Rahmen der Notstandsgesetze

Frauen sind im Gesamtverteidigungskonzept ebenso wie die Kriegsdienst- und Zivildienstleistenden eingeplant!

Gesamtverteidigung bedeutet, daß alle vorhandenen Strukturen unseres Staatssystems mit allen erwachsenen, erwerbsfähigen und wehrpflichtigen Menschen im Kriegsfall militärischen Zwecken dienen. Für moderne Kriege werden nicht nur Soldaten benötigt. Für jeden Soldaten braucht man mehrere Zivilpersonen

als Unterstützer und Versorger. Alle erwerbsfähigen Frauen im Alter zwischen achtzehn und fünfundfünfzig Jahren werden im Krisen- oder Verteidigungsfall im Rahmen der Zivilverteidigung eingesetzt. Die Aufgaben der zivilen Verteidigung sind:

militärische + zivile = Gesamt
Verteidigung Verteidigung verteidigung

**Aufrechterhaltung der
Staatsfunktionen**

- * Gesetzgebung
- * Rechtspflege
- * Informationswesen
- * Regierung und Verwaltung
(Sicherheit und Ordnung)

Zivilschutz

- * Gesundheitswesen
- * Selbstschutz
- * Schutzbauten
- * Örtlicher Hilfsdienst
(„Katastrophenschutz“)
- * Überörtlicher Hilfsdienst
- * Warn- und Alarmdienst
- * Aufenthaltsbeschränkungen
- * Schutz von Kulturgut

Versorgung

- * Geld
- * Lebensmittel
- * Energie und Wasser
- * Verkehrsleistungen
- * Post und
Fernmeldewesen
- * Arbeitskräfte
- * soziale Sicherung
- * Güter und
Leistungen der
gewerblichen
Wirtschaft

**Unterstützung
der Streitkräfte**

Gesetzliche Grundlagen der Zivilverteidigung

Die zivile Verteidigung ist in den sogenannten Notstandsgesetzen genau geregelt. Alle BürgerInnen können dazu verpflichtet werden, sich selbst und ihr gesamtes Eigentum für die militärische Verteidigung zur Verfügung zu stellen, nur der direkte Waffendienst ist für Frauen und für anerkannte Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen untersagt. Aber das ist für die Kriegsminister kein Hindernis. Es werden ohnehin nicht alle direkt an der Waffe gebraucht und für Kriegshilfsdienste können alle verpflichtet werden. Die Notstandsgesetze sind eigens dafür geschaffen worden und in direktem Zusammenhang mit der Wiederbewaffnung der Bundesrepublik 1954 zu verstehen. Die für die Verplanung der Frauen wichtigen gesetzlichen Grundlagen sind:

Artikel 12a, Absatz 4 Grundgesetz

„Kann im Verteidigungsfall der Bedarf an zivilen Dienstleistungen im zivilen Sanitäts- und Heilwesen sowie in der ortsfesten militärischen Lazarettorganisation nicht auf freiwilliger Grundlage gedeckt werden, so können Frauen vom vollendeten achtzehnten bis zum vollendeten fünfundfünfzigsten Lebensjahr durch Gesetz oder auf Grundlage eines Gesetzes zu derartigen Dienstleistungen herangezogen werden. Sie dürfen auf keinen Fall Dienst mit der Waffe leisten.“

Artikel 12a, Absatz 6 Grundgesetz

„Kann im Verteidigungsfall der Bedarf an Arbeitskräften für die in Absatz 3 Satz 2 genannten Bereiche auf

freiwilliger Grundlage nicht gedeckt werden, so kann zur Sicherung dieses Bedarfs die Freiheit der Deutschen, die Ausübung eines Berufs oder den Arbeitsplatz aufzugeben, durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden. Vor Eintritt des Verteidigungsfalles gilt Absatz 5 Satz 1 entsprechend.

Dort heißt es:

„Für die Zeit vor dem Verteidigungsfall können Verpflichtungen nach Absatz 3 nur nach Maßgabe des Artikel 80 a Absatz 1 begründet werden. Zur Vorbereitung auf Dienstleistungen nach Absatz 3, für die besondere Kenntnisse oder Fertigkeiten erforderlich sind, kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes die Teilnahme an Ausbildungsveranstaltungen zur Pflicht gemacht werden

(in Artikel 80a des Grundgesetzes ist der Spannungsfall geregelt)

Die Ausführung des Artikel 12 a Absatz 6 ist das Arbeitssicherstellungsgesetz

<p>§ 2 Arbeitssicherstellungsgesetz: Maßnahmen der Sicherstellung von Arbeitsleistungen.</p>

Für Zwecke der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung kann nach den Vorschriften dieses Gesetzes

- 1. das Recht zur Beendigung des Arbeitsverhältnisses von Frauen vom vollendeten achtzehnten bis zum vollendeten fünfundfünfzigsten Lebensjahr beschränkt werden.*

2. (ist nicht speziell für Frauen)
3. *Eine Frau vom vollendeten achtzehnten bis zum vollendeten fünfundfünfzigsten Lebensjahr im zivilen Sanitäts- oder Heilwesen sowie in der ortsfesten militärischen Lazarettorganisation in ein Arbeitsverhältnis verpflichtet werden.*

Der sogenannte „Spannungsfall“

Im Artikel 80a des Grundgesetzes ist nachzulesen, daß nicht erst im Verteidigungsfall, sondern schon bei der Feststellung des Spannungsfalles in größerem Umfang die Anwendung von Notstandsrecht zulässig ist, u.a. besondere Dienstverpflichtung. Der im Grundgesetz genannte, aber nicht definierte Spannungsfall, ist zu verstehen als eine Art Ausnahmezustand.

Der Spannungsfall muß vom Bundestag mit Zweidrittelmehrheit festgestellt werden.

Abweichend davon kann im Rahmen eines internationalen Bündnisvertrages mit Zustimmung der Bundesregierung ein Beschluß gefaßt werden, der ebenfalls Verpflichtungen zu Kriegshilfsdiensten zur Folge hat. Die Aufhebung eines solchen Beschlusses der Bundesregierung kann erst im Nachhinein vom Bundestag mit Mehrheit seiner Mitglieder verlangt werden

Der sogenannte „Verteidigungsfall“

Der Verteidigungsfall tritt ein, *wenn das Bundesgebiet mit Waffengewalt angegriffen wird oder ein solcher*

Angriff unmittelbar droht. Wann und ob ein Angriff unmittelbar droht, unterliegt der Einschätzung der Politiker und der Militärbefehlshaber. Die Feststellung des Verteidigungsfalles trifft auf Antrag der Bundesregierung der Bundestag mit Zweidrittelmehrheit mit Zustimmung des Bundesrates. Die gesetzlichen Bestimmungen zum Verteidigungsfall ermöglichen so auch einen Angriffskrieg. Das bedeutet, daß die Bundeswehr selbst angreift, um einem Angriff der Gegenseite zuvorzukommen.

Die Feststellung des Verteidigungsfalles trifft auf Antrag der Bundesregierung der Bundestag mit Zweidrittelmehrheit mit Zustimmung des Bundesrates.

Der besondere Fall - Schwesternhelferinnen :

Im Art. 12a Absatz 4 Grundgesetz ist vorgesehen, daß eine Zwangsverpflichtung von nicht berufstätigen Frauen zwischen 18 und 55 Jahren erfolgt, wenn *„im Verteidigungsfalle der Bedarf an zivilen Dienstleistungen im zivilen Sanitäts- und Heilwesen sowie in der ortsfesten militärischen Lazarettorganisation nicht auf freiwilliger Grundlage gedeckt werden“* kann. Zunächst einmal setzt der Kriegsminister auf Freiwilligkeit. Das klingt schön. Aber schon heute ist eine besondere Gruppe von Frauen betroffen, die Schwesternhelferinnen. Sie haben ihrer Verplanung für den Spannungs- und Kriegsfall „freiwillig“ zugestimmt, zumeist, ohne daß es ihnen bewußt ist.

Zur Umsetzung der Notstandsgesetze von 1968 (insbesondere eben Art. 12a Abs. 4 Grundgesetz) wurden von der Bundesregierung Schwesternhelferinnenkurse in Auftrag gegeben. Sie werden vom Deutschen Roten Kreuz, Johanniter- Unfallhilfe und Malteser Hilfsdienst durchgeführt. Finanziert werden sie vom Verteidigungsetat und vom Zivilverteidigungsetat, der im Haushalt des Innenministers enthalten ist.

Vor Beginn des Kurses müssen die Teilnehmerinnen eine Unterschrift leisten. Sie geben damit ihr Einverständnis, daß ihre persönlichen Daten gespeichert werden und daß sie im Katastrophen- oder Verteidigungsfall zur Verfügung stehen. Bisher wurden sie auch beim Arbeitsamt im Schwesternhelferinnenverzeichnis registriert.

In den Grundsätzen für die Aus- und Fortbildung von Schwesternhelferinnen, ist durch Ministererlaß ausdrücklich festgelegt, daß Frauen, bei denen schon erkennbar ist, daß sie für den Einsatz als Schwesternhelferin im Katastrophen-, Spannungs- oder Verteidigungsfall nicht in Frage kommen, von der Ausbildung auf Kosten des Bundes ausgenommen werden sollen.

Hier wird deutlich, daß die Kurse in erster Linie für militärische Zwecke eingerichtet wurden und eindeutig der militärischen Planung untergeordnet sind. Mit dieser Form der Schwesternhelferinnenausbildung wird freiwilliges soziales Engagement mißbraucht. Darüber hinaus versprechen sich viele lukrative Nebenjobs in Krankenhäusern und Altenpflegeheimen, ein Versprechen, das nicht einlösbar ist:

Gesundheitspolitisch sind die Schwesternhelferinnen ein Skandal. Hier werden mangelhaft ausgebildete Frauen in unverantwortbarer Weise auf Patienten losgelassen. Sie werden auch dazu mißbraucht, den dreijährig ausgebildeten Krankenschwestern mit Lohndumping Konkurrenz zu machen. Frauen, die ernsthaft vorhaben, längere Zeit im Gesundheitswesen zu arbeiten, sollten sich der gründlichen dreijäh-

rigen Ausbildung unterziehen. Wem das zu mühevoll erscheint, sollte es ganz lassen.

Krankenschwestern und Ärztinnen sind ebenfalls beim Arbeitsamt registriert. Für das Medizinstudium oder die Krankenschwesternausbildung ist nicht Voraussetzung, daß sie der Einplanung im Sinne des Artikel 12 a Absatz 4 des Grundgesetzes „freiwillig“ zustimmen. Es ist jedoch damit zu rechnen, daß hier die Dienstverpflichtung besonders schnell greift.

Wer jedoch dem Deutschen Roten Kreuz, der Johanniter Unfallhilfe oder dem Malteser Hilfsdienst beitrifft, hat sich mittels seiner Beitrittserklärung auch „freiwillig“ verpflichtet, meist ohne sich dessen bewußt zu sein. So humanitär sich diese Vereine nach außen hin geben - faktisch sind es Kriegshilfsvereine. Eine Kriegsdienstgegnerin sollte hier keine Mitgliedsbeiträge zahlen, sondern lieber für die DFG-VK.

Im Kriegsfall unterliegt die Arbeit jedes medizinischen Personals, auch die „Hilfsbereitschaft“ der Schwesternhelferin, den Vorschriften der Triage. Triage besagt, daß die Verletzten nach Frontverwendungsfähigkeit und Einsatzfähigkeit sortiert und behandelt werden.: Leichtverletzte, deren Verwendungsfähigkeit leicht wieder herzustellen ist, werden vorrangig medizinisch versorgt. Einsatzunfähige, bei denen die schnelle Wiederherstellung ihrer Einsatzfähigkeit nicht mehr zu erwarten ist, bleiben vorerst unversorgt. Der im zivilen Leben übliche Grundsatz, die schwerverletzten Patienten zuerst zu versorgen, gilt dann nicht mehr.

Wer dies alles nicht gewußt hat und bereits Schwesternhelferin ist und eine entsprechende Unterschrift geleistet hat, sollte diese widerrufen und seine Verplanung für militärische Zwecke verweigern. Ein derartiger Brief sollte an die ehemalige Ausbildungsstätte und an das örtlich zuständige Arbeitsamt geschickt werden

Musterbrief für Schwesterhelferinnen:

Sehr geehrte Damen und Herren,

Ich habe am

einen Schwesternhelferinnenlehrgang des

besucht und sehe mich heute gezwungen, meine damals gegebene Unterschrift, im Verteidigungsfall zur Verfügung zu stehen, zu widerrufen.

Mir ist erst jetzt bewußt geworden, daß die Einbeziehung in die Gesamtverteidigungsstrategie eine pflegerische Tätigkeit auch im sogenannten zivilen Bereich ihren humanitären Charakter verliert und zum Kriegsdienst wird. Die Ausbildung und systematische Erfassung von Helferinnen im zivilen und medizinischen Bereich dient somit der Kriegsvorbereitung. Dafür stehe ich nicht zur Verfügung.

Der Krieg ist ein Verbrechen an der Menschheit. Ich bin daher entschlossen, keine Art von Krieg zu unterstützen und an der Beseitigung aller Kriegsursachen mitzuarbeiten. Militärische „Verteidigung“ führt zur Zerstörung unserer Lebensgrundlagen. Militär löst keine Probleme und die Bundeswehr gehört deshalb abgeschafft.

(gegebenenfalls noch individuell weiter ausführen)

Daß ich für einen Kriegsfall nicht zur Verfügung stehe, teile ich Ihnen hiermit rechtzeitig mit. Ich bitte Sie, dieses bei Ihren Planungen zu berücksichtigen.

Ich fordere Sie auf, diese Verweigerung zu bestätigen.

Mit freundlichen Grüßen

Wie können Frauen ihre militärische Einplanung verweigern ?

Für die Zwangsverpflichtung von Frauen ist das örtliche Arbeitsamt zuständig. Eine persönliche Begründung, warum die Verplanung für Kriegsdienste und Kriegshilfsdienste auch ohne Waffen nicht für Dich in Frage kommt, ist dorthin zu schicken.

Musterbrief an das Arbeitsamt als die Behörde, die die Einplanung in die Kriegsvorbereitung vornimmt:

*Sehr geehrte Damen und Herren,
Der Krieg ist ein Verbrechen an der Menschheit. Ich bin daher entschlossen, keine Art von Krieg zu unterstützen und an der Beseitigung aller Kriegsursachen mitzuarbeiten. Militärische „Verteidigung“ führt zur Zerstörung unserer Lebensgrundlagen. Militär löst keine Probleme, die Bundeswehr muß abgeschafft werden..*

(gegebenenfalls noch individuell weiter ausführen)

Mir ist erst jetzt bewußt geworden, daß ich bei Ihnen mit meiner Ausbildung als

registriert bin. Daß ich für einen Kriegsfall nicht zur Verfügung stehe, teile ich Ihnen hiermit rechtzeitig mit. Ich werde jetzt und in Zukunft keiner wie auch immer begründeten Kriegsdienstpflicht, insbesondere nicht der nach Artikel 12 a Absatz 4 und Absatz 6 des Grundgesetzes, Folge leisten, auch wenn Sie mir mit Strafverfolgung drohen sollten. Ich

*bitte Sie, dieses bei Ihren Planungen zu berücksichtigen.
Ich fordere sie auf, diese Verweigerung zu bestätigen.
Mit freundlichen Grüßen
Unterschrift*

Militär in Kriegszeiten und in Nichtkriegszeiten funktioniert nur, wenn Frauen willentlich oder unwillentlich die vielfältigen Versorgungsaufgaben erfüllen, die das Militär zur Funktionsfähigkeit braucht, z. B. die Finanzierung von Rüstung und Militär durch Steuernmittel.

Hierzu gibt es unsere Broschüre:

Wie vermeide ich die Kriegssteuer ?

erhältlich bei der DFG-VK
Schwanenstraße 16,
42551 Velbert

Das Freiwillige Soziale Jahr

Es ist in diesem Zusammenhang kriegsfördernd und unsozial, sich für ein sogenanntes „Freiwilliges Soziales Jahr“ zur Verfügung zu stellen. Wer sich in einem Beruf des Sozialwesens engagieren möchte, sollte auf eine qualifizierte Ausbildung und anschließend auf tarifgerechte Bezahlung bestehen. Die schon im Zusammenhang mit den Schwesternhelferinnen genannten Gesichtspunkte des unverantwortlichen Einsatzes von schlecht Ausgebildeten zu Lasten der Pa-

tienten und des Lohndumpings zu Lasten der ausgebildeten Kolleginnen greifen auch hier. Im übrigen ist es angesichts der Debatte um eine allgemeine Gemeinschaftsdienstpflicht für Frauen und Männer kontraproduktiv, wenn wir dem Staat unterbezahlte Hilfsdienste „freiwillig“ anbieten und dadurch ermuntern, solche Pläne durchzusetzen. Es geht nicht nur darum, daß es der Bundesregierung leicht gemacht wird, Geld aus dem Staatshaushalt in neue Kriegswaffen zu investieren, wenn der Sozialbereich billiger wird. Durch den Einsatz von unausgebildeten Freiwilligen in sozialen Berufen, die ja bis heute überwiegend Frauenberufe geblieben sind, werden diese Berufe gesellschaftlich abgewertet. Wozu sollen Tariflöhne für Erzieherinnen im Kindergarten gezahlt werden, wenn Mädchen im „Freiwilligen Sozialen Jahr“ für ein Taschengeld die kleinen Kinder ebensogut beschäftigen können?

Auf Grund unseres hohen Rüstungshaushaltes fehlen Gelder oft gerade für die Förderung von Frauen, die in dieser Gesellschaft ohnehin in fast allen Bereichen benachteiligt werden. Wenn ihre Kinder erwachsen geworden sind, werden sie oft in der Pflege der Eltern und Schwiegereltern tätig. So bleiben in der Regel ihre persönlichen und beruflichen Entfaltungsmöglichkeiten auf der Strecke.

Für eine Bundesrepublik ohne Armee ! (BoA)

In dieser Gesellschaft gibt es neben der Bundeswehr keine Institution, in der patriarchale Machtstrukturen so vorherrschend sind. Wenn wir uns für die Gleichstellung und Gleichberechtigung der Frauen einsetzen, heißt dies für uns, dort zu beginnen, wo frauenfeindliche und Frauen unterdrückende Gewaltstrukturen am deutlichsten zu Tage treten. Nirgendwo in unserer Gesellschaft ist Frauenverachtung deutlicher als bei der Bundeswehr. Nirgendwo wird mehr gemordet und vergewaltigt, als durch Soldaten im Krieg.

Warum wir für die Abschaffung der Bundeswehr sind:

Militär löst keine Probleme.

Wir wollen eine Völkergemeinschaft, die Konflikte nach den Grundsätzen der Humanität löst, ohne kriegerische Auseinandersetzungen.

Militär kann nur zerstören

Die militärische Verteidigung von modernen Industriestaaten ist nicht möglich. Die anfällige Infrastruktur würde zerstört, Atomkraftwerke und Chemiefabriken bringen den Tod über die eigene Bevölkerung.

Militär ist undemokratisch

Armeen funktionieren nach dem Prinzip von Befehl und Gehorsam. Das steht im Gegensatz zu freiheitlichen, selbstbestimmten Lebensformen.

Abrüstung in Deutschland ...

ist ein wichtiger Impuls für weitere Abrüstung in Europa und weltweit! Wer wirklich friedliche Konfliktlösung will, muß mit gutem Beispiel vorangehen und mit der Abrüstung beginnen.

Wenn es uns gelingt, die Bundeswehr abzuschaffen, wird die Befreiung und Gleichberechtigung der Frau realisierbar werden. Die einzige Möglichkeit, die mensch hat, sich gewaltfrei gegen diesen staatlich organisierten und finanzierten männlichen Vandalismus zu wehren, ist, sich für die Abschaffung der Bundeswehr einzusetzen.

Eine Bundesrepublik ohne Armee wird nicht automatisch antipatriarchalisch, antisexistisch und frauenfreundlich sein, da gäbe es noch mehr zu tun. Jeder Schritt in diese Richtung wird jedoch vergeblich bleiben, wenn wir uns mit dem Weiterbestehen der Bundeswehr abfinden.

Wir fordern nicht nur die formale Gleichberechtigung von Frauen und Männern, sondern den Abbau patriarchaler Gewaltstrukturen, die auch durch die Sozialisation von Männern innerhalb des Militärs zementiert werden.

So steht es im Programm der DFG-VK vom 11./12.4.1992



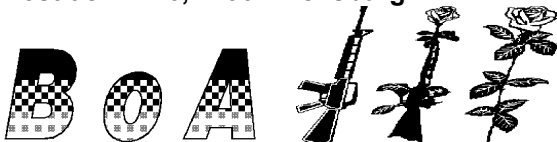
Wenn Sie mehr Informationen wollen, schreiben Sie an die BoA-Agenturen der DFG-VK:

BoA-Agentur Süd

der Deutschen Friedensgesellschaft -
Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen
Alte Allee 48, 81245 München

BoA-Agentur Nord

der Deutschen Friedensgesellschaft -
Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen
Postfach 1426, 24904 Flensburg



Kampagne zur Abschaffung der Bundeswehr

BoA-Agentin,

die außergewöhnliche Aktionsform
für organisationsscheue Individualistinnen

Die **BoA-Agentin** trägt auf ihre kleine, aber feine Art und Weise dazu bei, die Bundeswehr gewaltfrei abzuschaffen.

Die **BoA-Agentin** verteilt Prospekte, Denkmappen oder Wahlzettel in ihrem persönlichen Umfeld z.B. im Freundeskreis, an KollegInnen, in der Schule, Universität etc.

Die **BoA-Agentin** kann dies auch heimlich als **BoA-Geheimagentin** tun. Sie betreut einen „stillen Briefkasten“. Dieser hängt in Kneipen oder an einem Anschlagbrett in der Universität.... und besteht aus einem kleinen umgebauten Kaffee-Filtertüten-Verpackungskarton. Hier kann jederzeit das **BoA- Informationsmaterial** eingelegt werden. Alle **BoA-Infos** werden so gestaltet, daß sie genau in den „stillen Briefkasten“ passen. Sie kontrolliert wann ihr von Neugierigen und Interessenten geplündertes basisdemokratisches, gewaltfreies, alternatives Kommunikationsinstrument wieder neu aufgefüllt werden muß.

So ist die **BoA-Agentin** autonom, sie entscheidet selbst was, wieviel, wofür sie was tut und kann zwar aber muß nicht einer Gruppe oder Organisation beitreten. Sie ist da für **BoA** aktiv, wo sie sowieso ist. Ganz nach Lust und Laune, nur dem eigenen Gewissen verpflichtet, tritt sie für Frieden durch Abrüstung ein.

Die **BoA-Agentin** ist Teil einer vielfältigen, bunten, gewaltfreien Bewegung und entscheidet selbst über

den Kontakt zur **BoA-Basisgruppe** (z.B. ihre örtliche **DFG-VK-Gruppe**) oder zur nächsten **BoA-Agentur**

In der **BoA-Basisgruppe** treffen sich zwanglos die **BoA-AgentInnen** nach basisdemokratischen Prinzipien. Miteinander entwickeln und machen sie:

pfiffige Aktionen und Veranstaltungen

neue Materialien zur Öffentlichkeitsarbeit

Schulungs- und Bildungsveranstaltungen um die Argumente für BoA zu verbreitern.

und was ihnen sonst noch einfällt....

sie werben für Spenden

sie überlegen sich kleine, gewaltfreie Nadelstiche gegen das militärische Bewußtsein

sie stehen in Kontakt mit anderen BoA-Basisgruppen und manchmal gibt es gemeinsame Happenings.

Die **BoA-Agentur** ist die materielle Operationsbasis für die genannten Aktivitäten. Sie ist ein Büro mit überwiegend ehrenamtlichen MitarbeiterInnen. Die **BoA-Agentur** macht Pressearbeit, unterstützt die Vorbereitung von Aktionen und macht auch selber welche, informiert Interessentinnen über Neues, entwirft Werbematerialien, koordiniert Aktionen, vernetzt die **BoA-Basisgruppen** und die **BoA-**

AgentInnen und gibt den **BoA-Rundbrief** heraus. Die **BoA-Agentur** ist die Schaltstelle, die zur Vernetzung, Rückkoppelung und positiven Verstärkung der **Kampagne zur Abschaffung der Bundeswehr** beiträgt.

Außerdem erhält jede **BoA-Agentin** regelmäßig den BoA-Rundbrief, um über die Kampagnenaktivitäten auf dem Laufenden zu bleiben.

hier die überregionalen Adressen der DFG-VK:

**Deutsche Friedensgesellschaft -
Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen
Bundesgeschäftsstelle
Schwanenstraße 16
42551 Velbert
Tel.: 02051 4217, Fax: 02051 4210**

**DFG-VK Baden-Württemberg,
Haußmannstr. 6, 70188 Stuttgart,
Tel.: (0711) 2155 112, Fax: (0711) 2155 214**

**DFG-VK Bayern,
Alte Allee 48, 81245 München,
Tel.: (089) 834 2693, Fax: (089) 834 1518**

**DFG-VK Berlin-Brandenburg,
Pacelliallee 61, 14195 Berlin,
Tel.: (030) 8315 491, Fax: (030) 8315 237**

**DFG-VK Hamburg-Schleswig-Holstein,
Amandastr. 58, 20357 Hamburg,
Tel. und Fax: (040) 4322 005**

**DFG-VK Hessen,
Vogelsbergstr. 17, 60316 Frankfurt.,
Tel.: (069) 431 440, Fax: (069) 499 0007**

**DFG-VK Mecklenburg-Vorpommern,
Katharinenstr. 62, 17033 Neubrandenburg,
Tel. und Fax: (0395) 582 3679**

DFG-VK Niedersachsen-Bremen,

Am Wall 164, 28195 Bremen

Tel. (0421) 323530

DFG-VK Nordrhein-Westfalen,

Braunschweiger Str. 22, 44145 Dortmund

Tel.: (0231) 818 032, Fax: (0231) 818 031

DFG-VK Rheinland-Pfalz c/o Jürgen Locher,

Brückes 33, 55545 Bad Kreuznach.

Tel.: (0671) 45425

DFG-VK Saar, Postfach 793, 66041 Saarbrücken,

Tel (0681) 751139 (Hans-Joachim Motsch)

Ja, ich will

- o BoA-Agentin werden
- o Bitte schickt mir einen BoA-Agentinnenausweis
- o Bitte schickt mir den BoA-Rundbrief zu
- o Mit der Speicherung meiner Adresse für diese Zwecke bin ich einverstanden
- o Ich bestelle das BoA-Infopaket und lege dafür DM 6.-- in Briefmarken bei

Bitte sendet mir darüber hinaus folgende Broschüre für jeweils DM 2.-- zu

- o „Wie vermeide ich die Wehrpflicht“
- o „Wie verweigere ich den Kriegsdienst“
- o „Wie verweigere ich die Kriegssteuerzahlung“
- o „Argumente für eine Bundesrepublik ohne Armee“

- o „Wie Militär demokratische Grundrechte und Freiheiten verhindert“
- o Ich bin bereit, bei Aktionen gegen die Bundeswehr mitzumachen, bitte ruft mich an unter Tel.Nr.:

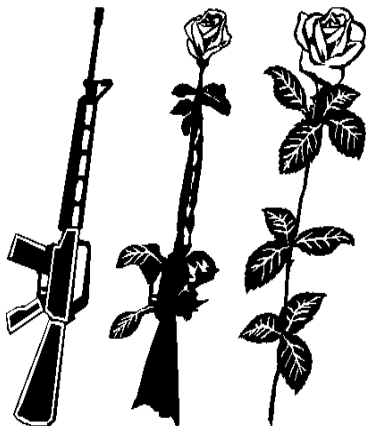
- o Ich bin bereit, Zeitungsanzeigen mitzufinanzieren, bis zu DM _____
- o Ich spende für die Arbeit der BoA-Agentur DM _____, Scheck anbei

!

bitte einsenden an eine der beiden BoA-Agenturen:

BoA Agentur Nord,
Postfach 1426, 24904 Flensburg

BoA-Agentur Süd,
Alte Allee 48, 81245 München



Kampagne zur Abschaffung der Bundeswehr

Absenderadresse:

Name: _____

Straße: _____

PLZ/Wohnort: _____

Ja, ich will auch Mitglied werden:

Beitragsstufe 1 ermäßigter Beitrag (5 DM im Monat)

Beitragsstufe 2 Normalbeitrag (10 DM im Monat)

Beitragsstufe 3 Förderbeitrag (15 DM im Monat)

Beitragsstufe 4 Förderbeitrag (20 DM im Monat)

Darüber hinaus kann ich DM_____ monatlich spenden.

Zahlungsart: Wir bitten Dich, uns die Abbuchung der Mitgliedsbeiträge von Deinem Girokonto vornehmen zu lassen. Jede andere Zahlungsart ist teurer. Und wir wollen Geld lieber für politische Arbeit verwenden als für den Versand der Überweisungsformulare und Buchhaltung.

o Abbuchung (bitte Einzugsermächtigung ausfüllen)

Einzugsermächtigung:

Hiermit ermächtige ich die DFG-VK bis auf Widerruf, meinen Mitgliedsbeitrag von meinem Konto abbuchen zu lassen:

Kontonummer _____

Bank/Postgiro _____

Bankleitzahl _____

Name und Vorname
der Kontoinhaberin _____

_Ort Datum Unterschrift der Kontoinhaberin

Zahlungsrhythmus: halbjährlich jährlich



"Der Krieg ist ein Verbrechen an der Menschheit. Ich bin daher

entschlossen, keine Art von Krieg zu unterstützen und an der Beseitigung aller Kriegsursachen mitzuarbeiten."

Ich unterstütze diese Grundsatzerklärung der DFG-VK und erkläre meinen Beitritt:

Vorname _____

—

Name _____

Geburtsdatum _____

—

Berufsziel/Beruf _____

Straße _____

—

PLZ/Wohnort _____

Datum _____ Unterschrift _____

Ich bin damit einverstanden, daß meine personenbezogenen Daten bei der DFG-VK gespeichert werden. Die DFG-VK sichert die Einhaltung der Datenschutzbestimmungen zu. bitte wenden